

Digitaler Sozialismus

Einleitung zum Heftschwerpunkt

von Arno Brandt, Uwe Kremer und Stefan Stache¹

Foto: Hände: © Who_Lam – Getty Images/Stockphoto, junger Engels: Ad&D / Friedrich-Ebert-Stiftung



Evgeny Morozov hat in seiner Keynote auf dem FES-Kongress zum Digitalen Kapitalismus im November 2019², der von der Zeitschrift SPW mitgestaltet wurde, die Konturen eines digitalen Sozialismus entworfen und damit die Diskussion um ein sozialdemokratisches Projekt des 21. Jahrhunderts eröffnet. Ausgangspunkt seiner Positionsbestimmung ist, dass einer der wichtigsten Antriebskräfte der Sozialdemokratie in der Vergangenheit in der fortlaufenden Entwicklung und Umsetzung institutioneller Innovationen lag: Sozialstaat, Mitbestimmung, Daseinsvorsorge etc. Diese Institutionen wurden als öffentliche Güter betrachtet, die einer spezifischen Infrastruktur und einer angemessenen öffentlichen Finanzierung bedurften, um allen unabhängig von der sozialen Position bzw. Klassenzugehörigkeit den Zugang zu diesen Ressourcen zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang verweist

Morozov darauf, dass es der Sozialdemokratie bei diesen Interventionen nicht nur um die Stärkung von Gleichheit und Solidarität, sondern auch um die Herstellung und Weiterentwicklung von Effizienz und Effektivität ging. Der Sozialstaat wird z.B. nicht nur durch die dynamische Wertschöpfung des produktiven Systems ermöglicht, sondern ist selbst eine effiziente und effektive Form, um die vorhandenen gesellschaftlichen Ressourcen auszuschöpfen und leistet damit auch wesentliche Voraussetzungen für die Produktivität des ökonomischen Systems.

Für Morozov reicht es nicht, die einmal erungenen Institutionen gegen die neoliberalen Angriffe zu verteidigen, stattdessen müsse sich die Sozialdemokratie aus der Logik der Abwehrkämpfe herausbegeben und den technologischen Wandel, der gegenwärtig vor allem unter dem Vorzeichen der Digitalisierung vonstattengeht, zum Anlass nehmen, institutionelle bzw. soziale Innovationen zu entwickeln. Dabei geht es ihm an zentraler Stelle auch um die Frage der Kontrolle und Steuerung der digitalen Infrastruktur (Daten, Netze, Künstliche Intelli-

¹ Dr. Arno Brandt ist Ökonom, Mitherausgeber der spw und lebt in Lüneburg.

Dr. Uwe Kremer ist Sozialwissenschaftler und Mitherausgeber der spw.

Stefan Stache ist Chefredakteur der spw und lebt in Hannover.

² Diese Rede wurde in überarbeiteter Form in den Blättern für deutsche und internationale Politik im Heft 1/2020, S. 100-106, veröffentlicht.

genz, Robotik), die sich bis dato weitgehend in privater Hand befindet. Jetzt komme es darauf an, die digitale Landschaft neu zu vermessen und zu skizzieren, wie institutionelle Innovationen aussehen können. Morozov plädiert in diesem Zusammenhang dafür, die technischen Infrastrukturen der Digitalisierung als öffentliche Güter zu definieren und sie der marktbasierenden Koordination weitgehend zu entziehen (Dekommodifizierung). Nur dadurch sei es möglich, für alle einen ungehinderten Zugang zu diesen Infrastrukturen zu gewährleisten und zugleich kapitalistische Verschwendung zu überwinden. Für diesen Ansatz schlägt Morozov eine sozialistische Kultur des Experimentierens mit neuen Formen des Eigentums an Daten vor. Dazu zählt er Reallabore bzw. Prototypen in Städten, in denen eine andere digitale Ökonomie, die auf Solidarität und Bürgerbeteiligung basiert, erprobt wird. Dabei geht es um finanziell gut ausgestattete Experimentierräume für eine digitale Innovation, die Ausgangspunkt für weitergehende Reformen einer solidarischen Ökonomie des Alltagslebens sein können.

Diese Überlegungen Morozovs sind hochgradig kompatibel mit dem Diskurs über Perspektiven, Strategien und Grundlagen des Demokratischen Sozialismus, der in den letzten beiden Jahren nicht zuletzt in der SPW geführt wurde³. Dabei geht es um einen Brückenschlag zwischen der aktuellen Infrastrukturkrise und der öffentlichen Infrastruktur als Dreh- und Angelpunkt einer Strategie progressiver Strukturereformen. Derartige Reformen beziehen sich auf den grundlegenden Umbau in den großen gesellschaftlichen Bedarfsebenen und richten sich auf die Logik einer solidarisch assoziierten und planvoll haushaltenden Ökonomie, die neben der heute dominierenden kapitalistischen Verwertungslogik in Ansätzen bereits existiert.

Bei öffentlichen Infrastrukturen handelt es sich um gesellschaftliche Infrastrukturen, die

auch als Kollektivgüter oder als öffentliche Güter aufzufassen sind. Sie dienen den gemeinschaftlich zu gewährleistenden Voraussetzungen für soziales Leben und wirtschaftliche Aktivität und entziehen sich entweder einer marktbasierenden Koordination (klassische öffentliche Güter) oder sie werden aus übergeordneten Gründen (z.B. Gerechtigkeit) dem Markt entzogen (meritorische Güter). Neben materiellen und sozialen Infrastrukturen spielen mediale Infrastrukturen (Informations- und Kommunikationsnetze und Plattformen bzw. Medien in Verbindung mit Kommunikationsinfrastrukturen), die den technologischen Wandel im digitalen Kapitalismus dominieren, eine zentrale Rolle. Diese Infrastrukturen haben aufgrund der neoliberalen Austeritätspolitik der zurückliegenden Jahrzehnte schweren Schaden genommen.

Morozovs Argumentation stellt vor allem auf mediale Infrastrukturen ab, aber die Rolle der Infrastruktur als Kollektiv- bzw. öffentliches Gut kann auf alle gesellschaftlich relevanten Infrastrukturbereiche erweitert werden. Die besondere Bedeutung der digitalen Technologie besteht darin, dass sie als „General Purpose Technology“ alle anderen Infrastrukturen durchdringt und darüber hinaus weite Bereiche von Produktion und Dienstleistungen sowie der öffentlichen Verwaltung erfasst. Damit hat sie auch einen zentralen Stellenwert für alle Kontroll-, Planungs- und Steuerungsprozesse auf den unterschiedlichen Ebenen der Gebietskörperschaften. Die Sozialdemokratie steht heute vor der Aufgabe, eine Reformpolitik zu entwickeln, die die Potenziale der Digitalisierung für diese Zwecke nutzbar macht. Derartige Strategien greifen nur, wenn sie mit weitreichenden institutionellen bzw. sozialen Innovationen verbunden sind. Um die Richtung dieser Innovationen anzugeben, kann auf wirtschaftsdemokratische Vorstellungen der Sozialdemokratie verwiesen werden. Nicht wirtschaftliche Macht oder marktbeherrschende Unternehmen dürfen der Politik den Handlungsrahmen vorgeben, sondern für demokratisch legitimierte Entscheidungen sind im Interesse des Gemeinwohls Rahmen und Ziele für wirtschaftliches Handeln zu setzen. „Ökologisch und sozial verantwortbares Wirtschaften läßt sich nur erreichen, wo der Vorrang demokratischer Entscheidungen vor Gewinninteressen

³ Vgl. Brandt, A., Kremer, U.: Demokratische Vergesellschaftung – Revisionen und Hypothesen für einen modernen Sozialismus, in SPW, H. 233, S. 75 – 80, Infrastruktur und Vergesellschaftung – Schlüssel für einen demokratischen Sozialismus, in SPW 235, S. 22-28, Brandt, A., Kremer, U.: Demokratischer Sozialismus und progressive Strukturereformen, in: Heimann, H., Hendrik Küpper, H., Scherer, K.-J.: Geistige Erneuerung links der Mitte. Der Demokratische Sozialismus Eduard Bernsteins. (Schriftenreihe der Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus), Marburg 2020, S. 183-193.

sen und Wirtschaftsmacht durchgesetzt wird (...). Wir wollen eine an qualitativen Kriterien ausgerichtete Entwicklung unserer Wirtschaft. Sie soll vor allem der Vollbeschäftigung, der Erhaltung ökologischer Kreisläufe und damit der Lebensqualität dienen“, heißt es im Berliner Programm der SPD von 1989⁴. Die Handschrift von Peter von Oertzen ist unverkennbar.

Dieses Planungsverständnis bedeutet keine Rückkehr zu überkommenen zentralistischen Planvorstellungen, schon gar nicht zu einem Computersozialismus, dessen Logik *Dieter Klein* in diesem Heft schlagend widerlegt. Der Markt, soweit er durch einen regulatorischen Rahmen eingehegt ist, bleibt auch weiterhin ein wichtiger Koordinationsmechanismus für die Allokation von Ressourcen⁵. Aber er wird ergänzt um Elemente strategischer Rahmenplanung auf den unterschiedlichen Ebenen politisch-ökonomischer Entscheidungsprozesse. Im Kern geht es dabei um die Ausweitung und Demokratisierung bereits vorhandener Planungsprozesse (Umweltplanung, Verkehrsplanung, Bildungsplanung, Regionalplanung, Stadtplanung etc.), die auf gesamtwirtschaftlicher Ebene koordiniert bzw. integriert werden. Im Bereich gesellschaftlich notwendiger Kollektivgüter, die in den zurückliegenden Jahrzehnten zu einem nicht geringen Teil der Marktlogik unterworfen worden sind, ist auch eine Umwandlung in kommunale, genossenschaftliche oder andere öffentliche Eigentumsformen in Erwägung zu ziehen. *Klaus Dörre* verweist in diesem Zusammenhang in seinem Beitrag zurecht darauf, dass u.a. das Internet und seine infrastrukturellen Voraussetzungen in öffentliches oder genossenschaftliches Eigentum zu überführen sind. Die demokratische Verwaltung dieser öffentlichen Güter muss sich dabei aber auch

an den Kriterien der Effizienz⁶ und Effektivität (Morozov) messen lassen. Gerade in Zeiten großer Transformationen, in denen es darum geht, bestehende Pfadabhängigkeiten aufzubrechen und sozial-ökologisch nachhaltige Entwicklungspfade zu beschreiten, können die neuen Technologien zur Verbesserung der Informationsgrundlagen für politische und wirtschaftliche Entscheidungen beitragen. Computer und KI können mit ihren Algorithmen z.B. Variantenberechnungen⁷, Wirkungsanalysen, Technologiefolgeabschätzungen, Produktlinien- sowie Stoffkreislaufanalysen auf relativ sichere Grundlagen stellen und damit bessere Entscheidungshilfen liefern. Sie können dazu eingesetzt werden, Verkehrsflüsse zu optimieren, Mobilität zu vermeiden, den Saatgut- und Düngemitelesatz zu optimieren und damit ökologische Entwicklungspfade zu begünstigen (*Klaus Dörre*). Sie können aber nicht entscheiden, was für die Gesellschaft „richtig“ ist, wie *Dieter Klein* in seinem Beitrag zutreffend konstatiert. Entscheidungsalternativen müssen in demokratischen und marktlichen Koordinierungsprozessen aufgelöst werden.

Evgeny Morozov verweist insbesondere auch auf die Notwendigkeit sozialer Innovationen, die er insbesondere in der Durchsetzung öffentlicher Eigentumsformen im Bereich der digitalen Infrastruktur sieht. Aber soziale Innovationen müssen auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen erfolgen, wenn die Produktivitätskrise des digitalen Kapitalismus („Produktivitätsparadoxon“⁸) bewältigt werden soll. *Dieter Klein* vertritt zurecht die Auffassung, dass die neuen digitalen Qualitäten der Produktivkraftentwicklung mit wachsender Produktivität die ökonomischen und sozialen Handlungsräume einer sozialisti-

4 Das aktuelle Hamburger Grundsatzprogramm, dessen Ausarbeitung und Beschlussfassung ganz im Zeichen der Hinwendung zur „Marktsozialdemokratie“ (Oliver Nachtwey) stand, hat übrigens die wirtschaftsdemokratischen Positionen des Berliner Grundsatzprogramms merklich verwässert.

5 „Es zeigt sich, dass der Markt durch eine zentrale direkte Planung nicht ersetzt werden kann, denn kein zentrales Organ in einer industriell hochentwickelten Wirtschaft kann die Produktion von Millionen von Produktarten in allen ihren Produktionszusammenhängen konkret planen. Es kann aber auch die zukünftigen Bedürfnisse in ihrer detaillierten Konkretheit nicht voraussehen.“, Sik, O: Demokratische und sozialistische Plan- und Marktwirtschaft, Zürich 1971, S. 34, vgl. auch Wright, E.O.: Linker Antikapitalismus im 21. Jahrhundert - Was es bedeutet ein demokratischer Sozialist zu sein, Hamburg 2019, S. 66.

6 An anderer Stelle wäre noch über den Begriff der Effizienz zu reden, da der herkömmliche Effizienzbegriff durchaus nicht immer in Einklang mit dem Ziel der Resilienz steht. In einem erweiterten Kriterienkatalog wäre zudem u.a. auch das Kriterium der Bedarfsgerechtigkeit einzubeziehen.

7 „Um der Gesellschaft wirklich eine demokratische Wahl der Zukunftsentwicklung zu geben, ist es nötig Pläne in mehreren Varianten auszuarbeiten, wobei nicht nur verschiedene Zielalternativen anzugeben sind, sondern vor allem verschiedene Bedingungen, wie man das Ziel erreichen kann (...). Nur auf Grundlage einer solchen makroökonomischen Variantenplanung haben dann auch die volkswertretenden Organe eine demokratische Wahlmöglichkeit und das Volk die Möglichkeit seiner Willenskundgebung für die Zukunft“, Sik, O: Demokratische ..., a.a.O., S. 27.

8 Vgl. Krämer, H., Technische Revolution oder säkulare Stagnation? - Historische, technologische und strukturelle Dimensionen des Produktivitätsparadoxons, in SPW 225/2018, S. 12-16, Hübner, K., Produktivitätsrätsel - Einige Hypothesen, SPW 225/2018, S. 17-22.

schen Gesellschaft erweitern können. Aber dazu bedarf es einer Politik progressiver Strukturformen, die weit über den engeren Bereich der Gestaltung der technischen Infrastruktur hinausgeht⁹. Seit der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert wissen wir, dass technologische Veränderungen für sich allein keine nachhaltigen Produktivitätszuwächse generieren, sondern nur im Einklang mit durchgreifenden institutionellen Veränderungen bzw. sozialen Innovationen zu Entwicklungsschüben führen¹⁰. Bei diesen sozialen Innovationen handelt es sich um progressive Strukturformen, die eine neue Regulationsweise (makroökonomisches Regime, Qualifikationsregime, Sozialpartnerschaftliche Kooperation, Sozialstaatlichkeit, realkapitalistische Spielanordnung¹¹, unternehmerischer und investiver Staat sowie eine ökologische Transformation der Produktions- und Lebensweise etc.) hervorbringen und damit eine neue Prosperitätskonstellation¹² herstellen können. Mit dieser Perspektive ist gleichsam die Frage nach den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen angesprochen, die die Durchsetzung progressiver Strukturformen ermöglichen. Wie stark in diesem Zusammenhang die neoliberalen Gegenkräfte sind, wird in einem Interview deutlich, das wir mit der Industriesozio- login *Sabine Pfeiffer* geführt haben. Ohne das befremdliche Überleben des Neoliberalismus¹³ zu unterschätzen, zeigt sich gerade in der aktuellen Corona-Pandemie aber, dass sich Zeitfenster öffnen können, die eine Zurückdrängung neoliberaler Hegemonie ermöglichen, wenn es der demokratischen Linken gelingt, eine überzeugende eigene Erzählung der Gestaltung der drängenden Zukunftsfragen auf die politische Agenda zu rücken¹⁴. Wenn dieses Narrativ die Menschen erreicht, könnte es auch die Dynamik sozialer Bewegungen beflügeln und das gesellschaftliche Kräfteparallelogramm verändern.

In seinem Vorschlag für ein Projekt der Sozialdemokratie des 21. Jahrhunderts verweist Evgeny Morozov auf die Notwendigkeit, eine neue Kultur des Experimentierens mit digitalen Infrastrukturen zu begründen, die vor allem dezentral aus der Praxis der kommunalen Selbstverwaltung hervorgeht. Dabei geht es nicht zuletzt darum, die Gestaltbarkeit digitaler Lösungen und ihr Potenzial für konkrete Verbesserungen des Alltagslebens experimentell aufzuzeigen und zu testen. Statt Systemintegration, die die Potenziale einer offenen Stadt (Richard Sennett) untergraben würden, geht es um das Erschließen von neuen Handlungsräumen mit Hilfe einer offenen Assemblage von technischen, sozialen und administrativen Praktiken und Innovationen¹⁵. Interessante Ansätze bietet in diesem Zusammenhang die Digitale Agenda von Barcelonas kommunaler Regierung, die bereits seit 2016 das Ziel einer „Technologie Souveränität“ verbunden mit einer Philosophie einer „commons-basierten“ Stadtökonomie verfolgt. Grundsätzlich soll das Prinzip gelten, dass Daten ein öffentliches Gut sein müssen, das den Bürgerinnen und Bürgern gehört und nicht Privatfirmen überlassen wird¹⁶. Aber auch in Deutschland mehren sich die Anzeichen, dass die Abhängigkeit der Städte von den Technikkonzernen infrage gestellt wird. Zwar geben in einer Umfrage der kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) 87 Prozent der befragten Kommunen an, dass ihre Verwaltung oder ihr Rechenzentrum ganz oder teilweise von Software- und Cloud-Anbietern abhängig sind¹⁷, aber es existiert mittlerweile unter dem Dach einer gemeinsamen Initiative mit dem Deutschen Städtetag das Vorhaben, „Digitale Souveränität“ durch den Einsatz von Open-Source-Software zu ermöglichen. Derartige Initiativen für eine Commons-basierte Raumentwicklung (*Domscheit-Berg*) könnten Schule machen und eine Reform zugunsten einer dezentralen Kultur des Experimentierens mit sozialen Innovationen zum Durchbruch verhelfen.

9 Vgl. Brandt, A., Digitaler Kapitalismus - Auf der Suche nach einer neuen Prosperitätskonstellation, in: SPW 234/2019, S.21 - 30.

10 Vgl. Abelschauser, W., Von der Industriellen Revolution zur Neuen Wirtschaft - Der Paradigmenwechsel im wirtschaftlichen Weltbild der Gegenwart, in: Osterhammel, J., Langewiesche, D., Nolte, P. (Hrsg): Wege der Gesellschaftsgeschichte, Göttingen 2006, S. 205. ff.

11 Vgl. Stephan Schulmeister, *Der Weg zur Prosperität*, Salzburg 2018.

12 Vgl. Burkart Lutz, *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*, Frankfurt a.M. 1984.

13 Vgl. Crouch, C.: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Berlin 2011.

14 Vgl. Brandt, A, Windels, T.: Zur politischen Ökonomie der Corona-Krise, in: SPW 239 /2020, S. 22-28.

15 Vgl. Brandt, A., Läßle, D.: Smart City: oder die Stadt der Konzerne, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/2018, S. 113-120.

16 Vgl. Morozov, E., Bria, E.: Die Smarte Stadt neu denken, Berlin 2017, vgl. auch Bria, E.: Holt euch eure Daten zurück (Interview), FAZ 19.10.2020.

17 Vgl. Krellmann, A.: Sind Kommunen abhängig von Software-Anbietern?, in: DEMO, 9/2020.

Wir haben mit Morozovs Rede im Gepäck alle Autorinnen und Autoren gebeten, ihre Vorstellungen und kritischen Reflexionen über einen digitalen Sozialismus zu einem Beitrag für den aktuellen Themenschwerpunkt dieses Heftes zu verarbeiten. Die Texte zeigen ein breites Spektrum möglicher Reformen und Handlungsansätze zur Überwindung des digitalen Kapitalismus auf. Dass die Antworten unterschiedlich und zum Teil auch gegensätzlich ausfallen, kann in der aktuellen Debattenlage nur produktiv sein.

Dieter Klein entwickelt einerseits auf der Grundlage seiner Kritik an postkapitalistischen Theorien, die den digitalen Kapitalismus als Null-Grenzkostenökonomie begreifen, und an computersozialistischen Planvorstellungen Konturen einer sozialistischen Regulationsweise. Dabei stellt er nicht zuletzt auf die emanzipatorischen Potenziale einer dezentral verfassten Gemeinwirtschaft ab. Für eine sozialistische Regulierungsweise stellt er drei Mechanismen in den Mittelpunkt, die zu einem wirksamen Ganzen zu formen sind: gesellschaftlich-strategische Planung, ein eingetragener Marktmechanismus und das Handeln zivilgesellschaftlicher Akteure.

Klaus Dörre verweist zunächst auf die inneren Widersprüche des digitalen Kapitalismus, der entgegen der neoliberalen Ideologie des Silicon Valleys eben nicht in einer marktradikalen Ökonomie seine Vollendung finde. In einer an André Gorz anknüpfenden wissensökonomischen Argumentation begründet er seine Auffassung, dass der digitale Kapitalismus die ihm immanente Tendenz aufweist, seine produktiven Grundlagen fortlaufend selbst zu untergraben. Vor allem angesichts der drohenden sozial-ökologischen Katastrophe muss es aus seiner Sicht darum gehen, eine wirtschaftsdemokratisch basierte Gemeinwohlökonomie durchzusetzen, die die Nutzung digitaler Produktivkräfte zu einem öffentlichen Gut macht.

Timo Daum widmet sich im Anschluss an Morozov der Frage, was Ausbalancieren von Interessensgegensätzen im und Entgegenstreiten gegen den digitalen Kapitalismus heute bedeuten kann. Er betont, traditionelle Strategien an-

gesichts der neuen gesellschaftlichen Betriebsweise im Digitalen Kapitalismus würden nicht mehr greifen. Das „Bedingungslose Grundeinkommen“ (BGE) erscheint ihm in diesem Zusammenhang als das passende Sozialsystem des digitalen Kapitalismus, das auch für das Phänomen „arm trotz selbstständig“ soziale Abfederung in Aussicht stellt. Er stimmt Morozovs darin zu, digitale Infrastrukturen wie KI-Technologien sollten als öffentliches Gut angesehen werden und in Gemeineigentum überführt werden. Elemente eines solchen „Infrastruktursozialismus“ sieht er in der VR China am Werk, die sich derzeit de facto als einzige systemische Alternative zum System der amerikanischen GAFA-Konzerne behauptet.

Klaus-Jürgen Scherer stellt das Konzept der öffentlichen Güter in den Mittelpunkt seines Beitrages. Angesichts der sich aktuell vollziehenden technisch-ökonomischen Revolution geht es ihm um eine konstruktive Gestaltung des digitalen Wandels, um das emanzipatorische Potenzial, das mit der Digitalisierung verbunden ist, zu nutzen. Diese Strategie erfordert aus seiner Sicht, Künstliche Intelligenz und Internet als öffentliche Güter zu begreifen.

Digitaler Kapitalismus ist für *Anke Domscheit-Berg* „Kapitalismus mit Doping“, dessen sichtbarster Ausdruck die globale Machtdominanz seiner Technologiekonzerne ist. In ihrem Plädoyer für eine alternative Ökonomie rekurriert auch sie auf das Konzept öffentlicher Güter, spricht aber von Commons (Gemeingütern), deren Ausbau und Koordination vor allem dezentral und kommunal erfolgen soll. Für diese Politik einer dezentral organisierten Gemeinwirtschaft liefert die Autorin in ihrem Beitrag eine Reihe von konkreten Beispielen.

Für *Constanze Kurz* sind die umfassenden Transformationsprozesse, mit denen wir zurzeit in Wirtschaft und Gesellschaft konfrontiert sind, nicht mehr im Rahmen des überkommenen Regulierungsmodells zu lösen. Vor diesem Hintergrund plädiert sie für eine Politik progressiver Strukturformen, wobei sie als Handlungsfelder exemplarisch die künftige Qualifizierungspolitik (Weiterbildung), die Notwendigkeit der Weiterentwicklung von

Technologiefolgenabschätzungen der künstlichen Intelligenz und der Vertiefung und Ausweitung betrieblicher und überbetrieblicher Mitbestimmung betont. Constanze Kurz stellt mit ihren Hinweisen zur Notwendigkeit der Demokratisierung der Arbeitswelt damit auf einen wesentlichen Aspekt des Demokratischen Sozialismus ab, der in unserem Heftschwerpunkt ansonsten eher zu kurz kommt.

In dem Interview mit der Industriesoziologin *Sabine Pfeiffer* geht es zunächst um ihr Forschungsprojekt „Lebendiges Arbeitsvermögen“, in dem sie sich auf empirischer Basis mit den vorherrschenden Diskursen zu den Substitutions- und damit auch Produktivitätspotenzialen der Digitalisierung auseinandersetzt. Die Blockierung von Produktivitätsspielräumen sieht sie auch in dem Mangel an sozialen Innovationen. Neue progressive institutionelle Arrangements sind aus ihrer Sicht aufgrund der Dominanz neoliberaler Hegemonie aber nur schwer umsetzbar.

Mit dem Diskurs um den digitalen Sozialismus geht es uns nicht um eine Fixierung auf das Adjektiv „digital“, schon gar nicht um eine technizistische Verkürzung unseres Sozialismusverständnisses, sondern es geht darum, die Digitalisierung als General Purpose Technology zum Anlass zu nehmen, über die Perspektiven eines demokratischen und modernen Sozialismus nachzudenken. Das Ziel des Sozialismus kann nur sein, „dem Menschen die Bedingungen für die vollste Entfaltung seiner Möglichkeiten, seiner Vernunft, seiner Liebe und seiner Kreativität zu bieten. (...)Ziel des Sozialismus ist eine Gemeinschaft, in der die volle Entwicklung jedes einzelnen die Voraussetzung für die volle Entfaltung aller ist.“¹⁸ Wenn die Digitalisierung zur Erreichung dieses Ziels einen nennenswerten Beitrag liefern kann, könnte sich die aktuelle Diskussion um den digitalen Sozialismus schon lohnen. Wir laden dazu ein, diesen Diskurs in unserer Zeitschrift fortzusetzen. ■

18 Fromm, E.: Humaner Sozialismus, in: Fromm, E.: Über den Ungehorsam, München 1985, S. 87.

spw-Newsletter

aktuell und kompakt informiert über



Artikel/Dossiers
linke Debatten
Bildungsangebote

Für eine schnelle
Online Information
Jetzt eintragen unter
www.spw.de
 für den spw Newsletter